

Erstheft täglich
nachmittags 4 Uhr mit
Ausnahme der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.
pränumerando bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Postzeitungsliste 6255 a, Nachtrag VII.

Volkshblatt

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gepaltene
Beitragteile oder deren Raum 15 Pf.;
für Vereins- und Verammlungs-
anzeigen 10 Pf.

Inserate für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition aufge-
geben sein.

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 24, 2. Hof II.
Telegramm-Adresse: Volkshblatt, Halleaale.

Nr. 66.

Halle a. S., Sonnabend den 21. Juni 1890.

1. Jahrg.

Der Normalarbeitstag in der Arbeiterſchutzkommiſſion.

□ Daß es der heutigen herrschenden Geſellſchaft mit ihren zur Schau getragenen Arbeiterſchutz im Ernst war zur Verwirklichung eines wahrhaften Arbeiterſchutzes, haben die Vertreter derſelben ſchon oft durch ihre parlamentariſche und ſonſtige Thätigkeit bewieſen und unſere Aufgabe ſoll und muß es ſein, Alt davon zu nehmen, damit die Maſſe des Volkes in den Stand geſetzt wird, ſich ſelbſt ein Urteil zu bilden, damit ſie erkennen lernt, wo ſie ihre wahren Freunde und Feinde zu ſuchen hat. Einen weiteren Beleg, daß die Arbeiter von den Herren Kapitaliſten keine Einſchränkungen in bezug auf die Dauer der täglichen Arbeitszeit zu erwarten haben, liefern uns die Verhandlungen der Arbeiterſchutzkommiſſion über den Antrag Bebel und Geſenſen wegen Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages. Der Antrag will für alle Arbeiter den Normalarbeitstag von zehn Stunden, vom 1. Januar 1894 ab von 9 Stunden und vom 1. Januar 1898 ab von 8 Stunden einführen. Bei Arbeiten unter Tag (Bergwerken, Salinen u. ſ. w.) oder in Betrieben mit ununterbrochener Tag- und Nachtarbeit ſoll die tägliche Arbeitsſicht einschließlich der Zeit der Ein- und Ausfahrt 8 Stunden nicht überſchreiten. Kürzere Arbeitsſichten ſollen der freien Vereinbarung überlaſſen bleiben.

Wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht allein im Intereſſe der Arbeiter, ſondern auch für das Wohlergehen des geſamten Staatsweſens iſt, umſomehr wenn man erwägt, wie der Fortſchritt der Technik, die Verbeſſerung der Maſchinen fortwährend Maſſen von Arbeitern auf die Landſtraße wirft und wie dadurch eine Unmaſſe Elend erzeugt wird, haben wir ſchon öfter nachgewieſen, ſo daß eine direkte Erörterung hierbei wohl nicht notwendig iſt.

Genoſſe Grillenberger begründete den Antrag und wies in treffender Weiſe die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nach, ſowie daß die Herren Großinduſtriellen nur deswegen dagegen wären, weil ihre Privatrate dadurch geſhmälert würde. Den Reigen der Bekämpfer dieſes Antrages eröffnete im Intereſſe des Kapitals und wohl zum Dank dafür, daß ihm die Arbeiter des Witterfeld-Bleiſchäger Kreiſes bei der Stichwahl zum Siege verholpen hatten, Herr Dr. Max Hirsch, der Leiter der deutſchen Gewerksvereine. Dieſer Harmonie-Apoſtel wollte wahrſchein-

lich die Welt wieder einmal mit ſeinen national-ökonomiſchen Kenntniſſen überrafchen und ließ eine ſeiner bekannnten Reden von der Selbſthilfe des freien Arbeiters von Stapel, bei deren Leſen uns das Wort des Dichters in Erinnerung kam:

Rechtſeitig du Thorheit, ſo du geſahn,
Was's beſſer, du ſängſt gleich mit neuer an,
Erit ſieher Beſchäft der Thorheit ein,
So muß du doch minder langweilig ſein.

Denn iſt es anders als eine Thorheit aufzuſaſſen, wenn Herr Hirsch von einem „freien Koalitionsrecht“ der Arbeiter ſpricht? Kennt Herr Hirsch den § 153 der deutſchen Gewerbeordnung nicht? Hat er nichts von den großen Verbänden der Fabrikanten gehört, welche die Verächtlichung der gewerkschaftlichen Organisationen (freilich nicht vom Schlege der unter ſeiner Leitung ſtehenden) auf ihre Fahne geſchrieben? Und iſt ihm nicht bekannt, mit welchen erbärmlichen Mitteln, ſchwarzen Liſten und dergleichen die Herren Fabrikanten heute jeden Arbeiter verfolgen, der für die Verbeſſerung ſeiner Lage wirkt? Wahrlich, es gehört die Naivität eines Dr. Hirsch dazu, zu behaupten, der Arbeiter habe ein freies Koalitionsrecht. Im übrigen kennzeichnet ſeine Rede den Standpunkt der freiſinnigen Partei, daß geſchlicher Schutz nur für Unerwachſene und Frauen notwendig ſei, keineswegs aber für Erwachsene, dieſelben würden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit nur in ihrer freien Entwicklung bevormundet und gehemmt. Man ſollte meinen, nach ſo wiederholten Beweiſen des arbeitserſindlichen Standpunktes der freiſinnigen Partei könnte es keinen Arbeiter mehr geben, der dieſen Leuten bei Reichstags- und ſonſtigen Wahlen ſeine Stimme giebt, lieber werden aber gewiſſe Leute nicht alle. Ein ſogenanntes „Waſch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß“ vertrat der Abgeordnete Klemm-Ludwigſchaf, indem er ausführte, er ſei für den zehnstündigen Arbeitstag, jedoch nur mit der Waſgabe, daß der Arbeiter nicht zu einer längeren Arbeitszeit gezwungen werden könne. „Freiwillige“ Arbeit über 10 Stunden könne man ohne ſchweren Eingriff in die Freiheit des Arbeiters nicht verbieten. Treffend fertigte ihn Genoſſe Bebel ab, indem er den Normalarbeitstag dieſes Herrn mit dem Rechte der Ueberarbeit für eine Phraſe erklärte. Herr v. Stumm, der liebevolle Arbeitgeber, durfte bei der Debatte nicht fehlen und brach eine Lanze für die Geſundheit der Arbeiter, die nach ſeiner Meinung durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geſchädigt würde. Wenn ſeine Arbeiter nun nicht glauben, wie er für ihr Wohl bedacht iſt, dann

iſt ihnen eben nicht zu helfen. Aus der Stellung des Regierungsvortretters Herrn Ober-Reg.-Rat König konnten wir beim beſten Willen nicht herausfinden, daß ſie ſich mit dem kaiſerlichen Erlaß vom 4. Febr. d. J. betreffs der Dauer der Arbeitszeit decke. Ein Beweis, wie es den Herren Schlotbaronen gelungen iſt, den Erlaß abzuſchwächen. So könnten wir noch die ganzen Verhandlungen durchgehen und überall würde uns denſelben der arbeitserſindliche Standpunkt, ſowie das öde Mandſchertum hervorleuchten. Wir glauben aber, das Vorſtehende wird genügen, um den Arbeitern zu zeigen, daß ſie auch von der Majorität dieſes Reichstages, was vielleicht mancher von ihnen ermartet hat, keine wirkliche Verbeſſerung ihrer Lage zu gewärtigen haben. Zwar ſind die Verhandlungen über Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages noch nicht zu Ende, ſoviel läßt ſich aber heute ſchon feſtſtellen, dieſer Reichstag wird ihn nicht bewilligen, ſeine Majorität iſt um kein Haar beſſer als die des vergangenen Reichstages. Es iſt deſhalb eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Arbeiter ſich immer mehr von den Mandſchertpartei abenden, damit die Zahl der ſozialdemokratiſchen Vertreter im Reichstage eine immer größere wird. Erſt wenn die Sozialdemokraten ausſchlaggebend ſind, wird es beſſer werden können.

Zur „Saſſengängerei“.

II.

Das Beſte an dem kürgeren Werke iſt die Darlegung, daß im Weſten eben die Landwirtschaft rationell getrieben wird und daß die Intelligenz der Herren oſtpreuſiſchen Junker landwirthſchaftlich ebenſo wie volkwirthſchaftlich nach modernen Begriffen dem Nullpunkt ſehr nahe ſieht. Zum Beweiſe nur folgende treffenden Sätze:

Kürger ſagt, daß es „in Gegenden, wo der Rübenbau noch nicht hingedrungen, z. B. in Hinterpommern, noch immer Landwirte giebt, die — man höre und ſtaune! — an die Wirkung des künstlichen Düngers nicht glauben!“ Für ſie hat also ein Liebig umſonſt ſeine Pflanzchemie und alle ſeine für die Landwirtschaft ſo wichtigen Werke geſchrieben oder vielmehr für ſie hat er ſie überhaupt nicht geſchrieben: er hat für ſie nicht gelebt noch gewirkt. Solch eine Ungeheuerlichkeit hält Kürger in den höher gebildeten und intelligenteren Kreiſen der Rübenzüchter denn doch durchweg für ausgeſchloſſen. Er ſieht gerade den Rübenbau als einen das landwirthſchaftliche Wiſſen förder-

Der tote Gaſt.

Novelle von Heinrich Büchſte.

(Fortſetzung.)

Waldrichs Augen aber gingen voller Verwunderung über Gebübe weit auf.

„Hiſt, heiliger Himmel! Welch ein höheres Weſen iſt das kleine Niekchen geworden!“ So rief Waldrich nun eben nicht, aber er dachte es doch bei ſich, als er jetzt die Beſcheidene aufmerkſamer anſah.

Er ſagte den Eltern etwas Verbindliches, ſo gut er es in der erſten Beſtürzung vorzunehmend wußte, und war herzlich zufrieden, als der alte Papa rief:

„Noch einen Viſſel Sauce zu ihrem trockenen Braten da, Herr Kommandant!“

Frau Wantes ſprach von einem Sohne, der ihr ſchon als Kind früh verſtorben war, und noch immer ſprach ſie von ihm mit bewegtem Mutterherzen.

„Laß gut ſein, Mama!“ rief der Papa. „Wer weiß, er wäre am Ende vielleicht auch ein Windbeutel geworden, wie der Georg!“

Jetzt war die Reihe an Waldrich, die Augen beſcheiden auf den Teller niederzuſenken, denn mit Windbeutel Georg meinte man keinen anderen als ſeine eigene Beſigkeit.

„Aber wiſſen Sie denn, Papa, ob Georg wirklich ſolch ein Windbeutel geworden, wie Sie ihn ſich vorſtellen?“ fragte Friederike.

Die Frage erwachte dem Kommandanten durchdringender als das Glas alten Burgunders, welches er eben angeſetzt hatte, um ſeine Verlegenheit zu verbergen. In der Frage lag noch eine Spur ehemaliger Jugendfreundschaft, die nicht ganz vergeſſen zu ſein ſchien. Eine ſo intereſſante Frage, die über ſo intereſſante Lippen floß und mit einer ſo weichen, herzrührenden Stimme geſprochen wurde, konnte billig für Honigſein gelten, dem armen Waldrich die bitteren Pillen zu verſüßen, welche Herr Wantes in vollem Maße ſpendete, denn dieſer erzählte, um ſein Urteil zu rechtfertigen, dem Gaſte, als wenn der nun Schiedsrichter ſein ſollte, deſſen eigene Lebensgeſchichte von der Wiege an bis zum Zuge für das Vaterland.

„Hätte der Burſche,“ ſo ſchloß die Rückwendung der Erzählung, „auf der Univerſität etwas Nützlich gelernt, ſo wäre er nicht unter die Soldaten gegangen. Wäre er nicht Soldat geworden, ſäße er jetzt irgendwo als Gerichtsarzt, Kriegsarzt, Kancelar, Hofrat und dergleichen, hätte ſein gutes Brot und Anſehen.“

„Ich weiß nicht,“ entgegnete die Tochter, „ob er auf der Univerſität fleißig geweſen, aber ich weiß, daß er wenigſtens mit gutem Herzen ging, ſich für eine heilige Sache zu opfern.“

„Komm mir doch nicht immer mit Deiner heiligen Sache!“ rief Herr Wantes. „Wo ſiſt denn das Heilige, frag ich? Die Franzoſen ſind fortgejagt. Nun ja! Aber das heilige Reich iſt dennoch zum Rückud und Küfter gegangen. Die alten Steuern ſind

proviſoriſch beibehalten, und neue proviſoriſch eingeführt worden. Die verdamnten Engländer mit ihren Waren läßt man wieder zu wie vorher, und bekümmert ſich nicht darum, wenn wir heilige Deutſche darüber zu heiligen Bettlern werden. Alles ging auf der letzten Meſſe wieder ſlau. Die Miniſter eſſen und trinken wieder, maſchen, wie ſie es wollen, verſtehen den Handel nicht, laſſen die Fabrikanten bankrott werden und dann hilft kein A und D. Alles iſt wieder beim Alten, und noch ärger. Thut eine ehrlüche Seele, die es vielleicht beſſer verſteht, den Schnabel auf, will ein anderes Lied pfeifen, als die Exzellenzen da mit dem Kreuz über dem Knopfloch und der Gleichgültigkeit unterm Knopfloch. . . haſt Du nicht geſehen, gleich mit der armen Seele in ein Loch, abgeſetzt, inquiriert, iſt ein Demagoge und dergleichen! Ich ſage Dir, ſchweig, Müdel, davon verſteht Du nichts! Du mußt nicht weiter über Deine Theſeſanne gehen, als in die Taſſe; dann gießt Du nicht nebenbei.“

Waldrich merkte aus dieſer Unterhaltung, daß der alte Wantes noch immer der ehemalige lebhaft aufſtammende, wunderliche Mann war, dem man doch bei allen ſeinen Eigenheiten nicht böſe werden konnte. Da nun in dieſem Streite zwiſchen Vater und Tochter ein ſchiedsrichterlicher Spruch gefällt werden mußte, ſo war der Kommandant ſo klug und gefällig, erſt dem Vater vollkommen Recht zu geben, im Punkte der heiligen Sache nämlich. Und das ward ſeinem Verſtande allerdings zur Ehre angerechnet. Dann aber,

den Faktor an, der die Leute zu der Einsicht bringt, daß man mit der bloßen Routine der Landwirtschaft nach alter Schule heutzutage nicht mehr fortkommt. Und diese moderne Umgestaltung greift immer weiter um sich. „Der Landwirt sieht ein, daß die neue Theorie und Praxis denn doch nicht so unangelegentlich ist, wie sie die Herren von der alten Schule darzustellen lieben, und wenn er auch selbst vielleicht nicht immer mit ihren Lehren sich bekannt machen kann, so schickt er doch seine Söhne in die landwirtschaftlichen Schulen und Hochschulen, damit sie mit dem dort Erlernten bereinigt das väterliche Gut vorwärts bringen könnten.“

Und nun kommt eine geradezu vernichtende Kritik jener Nichtswisser und Nichtslerner: „Die alte Ansicht, daß man, um mit Erfolg Landwirtschaft treiben zu können, nur auf dem einen oder anderen Gute als Volontär sich etwas herumgetrieben zu haben brauche oder gar, daß eine Vorbereitung für diesen Beruf überhaupt nicht erforderlich sei,“ es vielmehr genüge, wenn man ein paar Jahre als Offizier „Leute behandeln“ gelernt habe — diese Ansicht verliere in den Gegenden intensiver Landwirtschaft, in denen des Ribenbaues, immer mehr und mehr an Boden.

Diese Herren, die nun im eigenen Beruf und Erwerb so rüstständigen Anschauungen huldigen, sollen gleichwohl, da sie z. B. die Majorität im preussischen Herren- und Abgeordnetenhaus haben, über alle anderen Gewerbe zu urteilen und für sie Gesetze zu geben gleichwohl befähigt sein! Merkwürdige Zustände!

Kärger sieht ferner einen großen Vorteil darin, daß die Ribenbauer als Aktionäre und Mitgeschäftmänner von Zuckerfabriken darauf angewiesen sind, sich mehr als bisher auch um den kaufmännischen Betrieb zu kümmern; sie lernten dadurch die Rechnungsmethoden des Kaufmanns auf den Betrieb der Landwirtschaft übertragen. Das komme ihnen wesentlich zu gute und erweitere ihren geistigen Horizont.

Soweit als dies ein Vorteil für die Herren Landwirtschaftsleute sein wird, müssen wir das einfach zugeben. Daß die erhöhte Fertigkeit im Aufstellen einer kaufmännischen Berechnung zu gunsten des Arbeiters angewendet wird, müssen wir nach den gemachten Erfahrungen in Abrede stellen. Ja, wir möchten fast fürchten, daß durchaus noch mehr die Reizung erwächst, die Profitrate auf Kosten der Löhne zu erhöhen.

Daß die Interessen der Herren im Osten mit denen der Herren im Westen oft genug in Widerspruch stehen, ist ja klar, und wie man diesen Interessenwiderspruch manchmal auf nicht recht loyale Weise löst, dafür ein Beispiel nach Kärger.

Ein Landwirt aus dem Kreise Samter verlangte auf Grund der preussischen Gesindeordnung eine Sachverständigenjurid, weil sie bei während dem Dienstverhältnis aus ihrer Heimat entwichen war. Von dem Amtsvorsteher im Magdeburgischen traf die Antwort ein, dem Ertrüben könne nicht stattgegeben werden, da die Zurückverführung nicht von dem Gutsherrn, sondern nur vom dem zur Stellung der Hofgängerin verpflichteten Inftmann beantragt werden könne. Der Inftmann, welcher so als der Gesindeherr im rechtlichen Sinne betrachtet wird, war in diesem Falle der Vater des Mädchens. Der Vater, der mit dem Entweichen seiner Tochter nicht einverstanden war, beantragte wirklich die Zurückführung seines „Gesindes“. Der arme Mann konnte aber seinen Namen nicht ganz richtig schreiben. Es kam die Antwort zurück, ein Mädchen dieses Namens halte sich dort nicht auf. Der Antrag wird wiederholt mit korrekter Namensschreibung, und nun kommt vom Amtsvorsteher der Bescheid: Ein Mädchen dieses Namens

habe sich auf dem bezeichneten Gute befunden, sei aber mittlerweile auf ein anderes Gut verzogen. Dieses „andere Gut“ war, wie mit Leichtigkeit ermittelt werden konnte — das eigene Vorwerk dieses Amtsvorstehers!!! Kärger meint, es müsse doch etwas für die östlichen Gutsbesitzer geschehen, daß aber die preussische Gesindeordnung das geeignete Medikament ist, das können wir nicht zugeben. Vielleicht soll sie etwa noch verschärft werden, also eine neue Art etwas zu bestrafen, was nach der Gewerbeordnung nicht mit Strafe bedroht ist, den Kontraktbruch.

Die Agenten, welche die Sachjengänger in Scharen werben und nach Westen führen, kommen bei Kärger nicht gut weg. Er führt das Urteil eines Kenners an, welches die Agenten alleamt als „für den Staatsanwalt“ reif erklärt. Das Urteil hat wahrscheinlich seinen Ursprung nicht in der Schägigung, die durch die Agenten den Arbeitern erwächst, als vielmehr in dem Groll des jedenfalls gutbesessenen Gemärsmanns aus dem Osten, der seine Interessen durch die Sachjengängerei bedroht sieht.

Wir haben früher schon des Rätsels Lösung darin zu erkennen geglaubt, wenn wir zu dem Schluß gelangten: Ihr Herren Grundbesitzer im Osten, zahlt eure Arbeiter besser, behandelt sie menschlicher, nicht à la Rothenhahn, so wird ihre bessere Lage sie in der Heimat festhalten, die Sachjengängerei wird aufhören! Auch für Löhne und Lebenshaltung der westlichen Arbeiter werde die abnehmende Konkurrenz von günstigem Einfluß sein.

Niemals aber können wir einer Beschränkung oder Erschwerung der mühsam genug errungenen Freizügigkeit zustimmen. („Wähler.“)

Zollische Weberknecht.

— Ein vom sozialdemokratischen Wahlvereine in Erfurt wegen der Verweigerung von Sälen zu Parteizwecken eingeleiteter Anschluß hatte in der hier erscheinenden „Thüringer Tribüne“ vor der Reichstagswahl wiederholt Aufforderungen erlassen, daß diejenigen Saalinhhaber, welche ihre Säle zur Abhaltung von Versammlungen der sozialdemokratischen Partei verweigerten, boykottiert werden sollten. Auch über die Bierbrauer, von denen die betreffenden Wirte ihr Bier bezogen, sprach man Boykott aus. In dieser handlungsweise erblickte die Amtsanwaltschaft groben Unfug. Das Schöffengericht sprach indes die betreffenden Angeklagten frei. Infolge der seitens der Amtsanwaltschaft eingelegten Berufung gelangte die Sache am Sonnabend vor die Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Verhandlung auf Verwerfung der Berufung und sprach die Angeklagten ebenfalls frei. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., die Aussprechung des Boykotts sei in diesem Falle nicht strafbar, es sei angenommen, daß nur einzelne Personen und Kreise davon betroffen wurden und daß von einer Beunruhigung des großen Publikums keine Rede sein könne.

— Von der Insel Helgoland wird gemeldet, daß die ganz unerwartete Abtretung der Insel an Deutschland große Aufregung unter den Bewohnern derselben hervorgerufen hat und eine Volksversammlung einberufen worden ist, welche sich mit dieser „Abtretung“ befassen soll. Danach scheinen sich also die Helgoländer gar nicht so sehr nach dem Deutschen Reich und seiner Herrlichkeit zu sehnen — und das ist auch ganz erklärlich, denn Länder und Landschaften lassen sich eben nicht verkaufen und abgetragene Kleidungsstücke. — In einer Depesche Salisburys

an den deutschen Botschafter vom 14. Juni heißt es bezuglich der Uebergangsverhältnisse Helgolands, es würden Vorkehrungen getroffen, um alle jetzt lebenden Einwohner der Insel gegen die Marine- und Militärdienstpflicht zu sichern und die Fortdauer des jetzigen Zolltarifs auf 20 Jahre zu sichern. In ersterer Beziehung wird wohl auch weiter nichts übrig bleiben, denn die Helgoländer lebten vollständig abgeschlossen und haben einen Militärdienst nie gekannt.

— Gegen den Zigarrenhändler Gottfried Schulz, welcher im 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt war, ist die Untersuchung wegen Vergehens auf § 130 des Strafgesetzbuches (Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung gegen einander in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise) eingeleitet worden. Das Vergehen soll der Beschuldigte durch eine Rede in einer Wählerversammlung begangen haben.

— Herr Ridenbach hat in einer Versammlung des deutschen Antifemiliebundes am Donnerstag eine lange Rede gehalten über die Beschuldigung gegen ihn wegen Buchergeschäften. Die Ausführungen fielen in der „Post“ und in der „Kreuzzeitung“ ganze Spalten, bewegen sich aber mehr um die Sache herum, als daß sie thatächlich irgend etwas Klarstellendes. Insbesondere wird jede Klarstellung gegenüber dem Inhalt des von Prof. Stengel veröffentlichten Briefes vermisst.

Reichstag.

20. Sitzung vom 18. Juni.

Eröffnung 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Beschlusses des Reichstags vom 18. Juni 1890—91. Die Debatte wird eingeleitet durch den

Staatssekretär v. Falkenhayn: Die Forderung eines so hohen Nachtragsetats von über 19 Millionen für Verbesserungsvorhaben sei etwas ungewöhnliches, entspreche aber einem Wunsch des Reichstags selber. Allerdings fordere der Nachtragsetat höhere Summen, als der Reichstag erwartet habe. Das Ertrauen darüber sei aber nicht berechtigt, denn die Regierungen hätten nie einen Zweifel darüber gelassen, daß eine Verbesserung der Bedingungen für eine ganze Reihe von Beamtenkategorien zu wünschen sei. Diefelben Ursachen, welche eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten rechtfertigten, wirkten auch über den Kreis dieser Beamten hinaus. Die Regierungen seien deshalb über die Grenze, die der Reichstag sich in seiner in der vorigen Session beschlossenen Resolution gesetzt habe, hinausgegangen, entgegen dem entsprechenden Vorgehen in Preußen. In Preußen läge eben die Sache anders, als im Reich. Die verparierte Vorlegung dieses Nachtragsetats erkläre sich daraus, daß man erst habe wissen müssen, was in Preußen gehehe. Besonders Ertrauen habe erregt, daß auch die Offiziere eine Verbesserungsmaßnahme erhalten sollten. Die Regierungen hätten aber nie ein Fehl daraus gemacht, daß sie auch das im Auge behalten hätten. Der preussische Finanz-Minister habe das im November 1886 ausdrücklich erklärt. Wichtig sei allerdings, daß man in dieser wie in allen Fragen sich nach der Sache richten müsse. Das müsse er denn auch die finanziellen Verhältnisse für. Das Jahr 1889/90 dürfte für das Reich allerdings nur etwa um 2 Millionen Plus gegen den Voranschlag abstellen, aber um 10 Millionen Plus gegen das Ergebnis dieses Jahres für die Einzelstaaten. Diese erhielten pro 1889/90 rund 73 Millionen Mark mehr vom Reich, als sie erwartet hatten. Die hier vorgeschlagene Mehrbelastung werde ihnen dadurch zu tragen erleichtert. Auch die Befastigung der Reichsbeamten in dem laufenden Etatsjahre 1890/91 helfe das Tragen dieser neuen Last erleichtern. Abgesehen von den Kornzölle sei auch in dem laufenden Jahre ein nicht unerheblicher Mehrertrag aus den Zölle gegen den Voranschlag zu erwarten. Außerdem sei der Anfall in den Erträgen der Branntweinsteuer in diesem Etatsjahre weniger groß, als im Vorjahre. Zu beden sein infolge der verschiedenen Nachtragsetats etwa noch 33—34 Millionen, aber auch dann würden etwa die Einzelstaaten pro 1890/91 noch etwa 45 Mill. mehr an Ueberleistungen erhalten, als für an Materialbeiträgen zu bezahlen haben würden. Der Etat für 1891/92 hinwiederum genüge den Vorteilen, daß er von vornherein nicht mit einem Defizit (aus 1888/89) zu rechnen habe, welches vorweg zu beden sei, während im Etat 1890/91 noch 20 Mill. Defizit aus 1887/88 zu beden gewesen seien.

weil er sich doch auch selbst nicht geradezu verdammen wollte, mußte er auch seiner Fürsprecherin Recht geben, nämlich im Punkte des guten Herzens, mit dem sich Georg für die vermeintliche heilige Sache gepfert habe. „Merke schon!“ rief der Alte. „Der Herr Kommandant ist pfiffiger als Hans Paris bei den drei thörichtigen Jungfrauen von Troja und dergleichen. Macht sich's bequem, schneidet den Apfel in zwei Hälften und giebt jedem einen Bißchen, sagt: wohl bekom'm!“

„Nein, Herr Bantes, Ihr Georg irrte, wenn er irrte, wahrlich nicht um mehrere tausend andere deutsche Männer, und wie zum Beispiel ich selbst. Auch ich machte den Kriegszug für die Befreiung Deutschlands mit und ließ alles im Stich. Unsere Armeen, Sie wissen es, waren zu schwach. Das Volk mußte aufstehen und sich selbst helfen, weil die Armeen allein nicht helfen konnten. Da mußte man nicht rechnen und fragen, sondern zuschlagen, Gut und Blut daran setzen und die Ehre der Nation, den Thron unserer Monarchen retten. Das haben wir gethan. Jetzt wollen wir das Heil erwarten. Unsere besser gestimmten Staatsmänner können auch nicht zaubern und das verlorene Paradies, durch ein Tischenspielerstückchen sogleich wieder herstellen. Ich wenigstens bereue meinen Schritt noch nicht!“

„Allen Respekt,“ sagte Herr Bantes mit tiefem Verbeugen, allen Respekt, Herr Kommandant, für Ihre Ausnahme von der Regel! Die Ausnahmen sind in

dieser Welt immer das beste von den Regeln. Dünkt mich übrigens spasshaft oder ernsthaft, daß wir Bürger, Bauern, Kaufleute und Fabrikanten zwanzig Jahre lang unser Geld hergeben müssen, um im Frieden eine Armee von einigen Hunderttausend müßigen Beschirmern des Thrones zu ernähren, zu kleiden im Saft, Seide und Gold, und daß wir andern dann im einundzwanzigsten Jahre, wenn die Beschirmern des Thrones zusammengefallen sind, selbst aufstehen und das Rad wieder ins Geleise bringen müssen!“

In solchen Gesprächen ward man schon beim ersten Mittagsmahl vertrauter miteinander. Herr Bantes selbst gab dazu den Ton an, denn er setzte einen Wert darin, ein Mann zu sein, der kein Blatt vor den Mund nahm, wie er sich gern auszudrücken pflegte. Dem Kommandanten war dabei sein Inkognito zuweilen gar behaglich, doch wünschte er sehr, es zu enden.

3.

Die Entdeckung.

Es war aber schon beendet, ehe er es wußte. Frau Bantes, eine stille, fein beobachtende Frau, die wenig sprach, aber viel sann, hatte bei Tisch, sobald sie Waldrichs Stimme hörte, sich seiner Knabenzüge erinnert, sie mit diesen männlichen verglichen und ihn erkannt. Seine sichtbare Verlegenheit, als die Rede auf den Winbeutel Georg gekommen war, konnte, was sie vermutete, nur bestätigen. Dennoch sagte sie

weder den andern, noch ihm ein Wort von ihrer Entdeckung.

So pflegte sie immer zu thun. Keine Frau hatte so wenig die frauenhafte Art, ihre Gedanken auf der Zunge zu tragen, als sie. Alles ließ sie gehen und reden, wie man gehen und reden wollte; sie hörte, verglich und zog daraus ihre Folgerungen. Daher wußte sie immer mehr als die Uebrigen im Hause und leitete unvermerkt alle Geschäfte und Unternehmungen ohne viele Worte; selbst der lebhafte, feurige Greis, der ihr am wenigsten gehorchen wollte, gehorchte ihr, ohne es zu ahnen, am meisten. Daß sich Waldrich nicht entdeckte, war ihr etwas verdächtig. Sie wollte schweigend den Grund davon erforschen.

Waldrich hatte aber gar keinen Grund dazu, sondern suchte nur einen Anlaß, die Familie durch seinen Namen zu überraschen.

Als er abends zum Thee gerufen wurde, fand er im Zimmer niemanden als Friederich. Sie kam eben von einem Besuche heim und warf ihren Schal ab. Waldrich trat zu ihr.

„Fräulein,“ sagte er, „ich muß Ihnen noch Dank für den Schutz sagen, den Sie meinem Freunde Waldrich gewährt haben!“

„Sie kennen ihn, Herr Kommandant?“

„Er gedachte Ihrer oft, aber gewiß nicht so oft, als Sie es verdienen.“ (Fortsetzung folgt.)

Überdies dürfte man sich nicht verhehlen, daß die Ausgaben häufig gesteigert seien: erhebt infolge der gegenwärtigen Verhältnisse, so daß die Ausgaben bereits beträchtlicher, bisher aber noch nicht begreifbar erschienen, so daß die Höhe der Ausgaben und die Ausgaben-Verhältnisse insgesamt nicht nur auf eine Ausgabe-Erhöhung von 60 Mill. rechnen. Mit diesen Ausgaben werde man also nicht auskommen, ohne daß entweder die Reiche oder in den Einkommensteuern neue Einnahmestellen zu schaffen wären. Aber das Wie? brauche ich und hier noch nicht erörtert zu werden, das könne vorbehalten bleiben, bis man weiß, welche Ausgaben hier beschaffen werden würden. Daß die Regierungen nicht gleich auf solche Vorlagen machten über neue Einnahmen, gerade ihnen keineswegs zum Vorwurf. Einmalfalls aber könne man die Einnahmequellen vergrößern. Auf gewisse Erörterungen in der Presse wolle er nicht eingehen, sondern nur sagen, daß die Reichsregierungen doch nicht schon dem Reichstage Bedanken über die Einnahmequellen hinüberbringen, ehe nicht der Bundesrat über dieselben Beschluß gefaßt habe.

Abg. v. Benda (natlich.) bemerkt, er und seine Freunde hätten es nicht für richtig gehalten, wenn man im Reichs-Verordnungsgebühren in einem weit größeren Rahmen beschließen, als dies in Preußen geschehen sei. Er würde sich, wenn man das thue, ein Sturm der Entrüstung, besonders in Preußen, erheben. Er selbst seine Freunde wollten aber damit nicht etwas erklären, daß sie überhaupt einen Stich durch die Verordnungsgebühren für Offiziere machen wollten, vielmehr bezielten sie sich das ebenso vor, wie sie sich u. A. die Verordnungsgebühren für Landräte im Abgeordnetenhaus beschließen wollten. Die Arbeit über diese Vorlage werde jedenfalls noch viel schwieriger werden, als sie im Abgeordnetenhaus gewesen sei. Er hoffe aber, sie werde erleichtert werden durch den Vorkommenden der Budgetkommission v. Sauer, der sich ja im Abgeordnetenhaus in die Sache gründlich eingearbeitet habe. Er hoffe ferner, man werde im nächsten Jahre weiter mit Aufhebung von Gehältern vorgehen können. Wenn man die Bemittelungen für Offiziere streiche, bleiben noch immer 15 Millionen zu bewilligen, also noch immer eine große Summe; sie (die National-Liberalen) würden sich dem aber nicht entziehen nach dem Vorgange Preußens, hinter dem man nicht zurückbleiben könne. Empfohlen möchte er der Kommission noch, die vom Abgeordnetenhaus angenommene Resolution, betreffs der Räten auch hier, dem Reichstage, in Vorschlag zu bringen.

Abg. Singer (Soz.) erwidert dem Staatssekretär, das Reich habe gar keine Veranlassung, den Einzelstaaten so ungeheure Summen, wie dies aus den Vollen gefolgt, zu überweisen, zumal auf Kosten der Reichsrenten. Unterbilde die Reichsrenten das Reich, gar nicht so mit der Deduktion seiner Ausgaben in Verlegenheit kommen. Auch würden neue Einnahmestellen garnicht erforderlich ohne die neue Militärvorlage. Die Forderungen des Militarismus müßten schließlich zum Zusammenbruch führen. Die gegenwärtige Vorlage entspränge einer Annullation des Reichstages. Leider habe die Regierung dieselbe gepakt mit Forderungen auch für Offiziere. Mit demselben und noch größerem Rechte hätte man aber doch ein Richter, an Lehrer und noch andere denken müssen! Jedenfalls würde die Vorlage hier viel glatter durchgegangen sein, wenn die Forderungen für Offiziere unterbunden wären. Wenn der Vorkommende in Aussicht genommen habe, die Gehälter der Offiziere zwar nicht jetzt, aber hoffentlich bald zu erhöhen, so könne er dem nicht beipflichten. Er sehe in dieser Beziehung nicht so hoffnungsvoll, wie Herr v. Benda. Bevor man schon im nächsten Jahre die Offiziere bediene, müsse man erst alle die anderen Beamtenkategorien berücksichtigen. Die Offiziere beziehen schon in einem Alter Gehalt, wo andere Beamte noch lange darauf warten müssen, so die Juristen und Lehrer. Wollte und könne man etwas leisten, dann erst an diese. Ebenso erinnere er an die pensionierten mittleren und unteren Beamten, für die eine Pensionserhöhung dringend nötig erscheine. Daselbe gelte von den Pensionen der Witwen und Waisen dieser Beamten und von den Invaliden-Pensionen. Die Erhöhung der Offiziersgehälter würde überdies Familien zu gute kommen, die ohnehin schon durch unsere Sozialpolitik bedrängt seien: den Familien der Großgrundbesitzer. Eine Partei würde also die Gehaltsaufbesserungen ablehnen vor allem für Offiziere, dann für Ärzte und oberste Beamte, sie dagegen bewilligen für untere und mittlere Beamte, besonders der Postverwaltung, aber auch nur bis zu einer gewissen Grenze, denn in demselben Maße, wie der Beamte, je höher er steht, desto höher bezahlt werde, als nötig, in demselben Maße werde der Beamte, je tiefer er im Range stehe, desto weniger hoch bezahlt, als nötig. In anbetragt der Steuerungsverhältnisse halte er deshalb für die Postunterbeamten vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen für durchaus unzulänglich. Ein Mehr von 20 bis 25 Pf. pro Tag sei ganz ungenügend. Erinnern müsse er dabei daran, daß vor noch gar nicht langer Zeit der Herr Staatssekretär v. Stephan eine Mehrausgabe von 6 Millionen als mit der Finanzlage unverträglich bezeichnet habe, während man jetzt mit 19 Millionen komme. Besondere Berücksichtigung bedürfen die Hilfsarbeiter des Staatlichen Amtes. Es solle bei keiner unzulässigen Vermehrung vorankommen, daß neben einer kleinen Anzahl staatlicher Beamten so außerordentlich viel Hilfskräfte angeheilt würden, die nur aus reiner Not eine solche ihrer unwürdigen Stellung annehmen. Er wiederhole, seine Partei werde gewissenhaft bei jeder Position der Vorlage das Bedürfnis prüfen. Keinenfalls könne sie sich entschließen, verhältnismäßig gut dotierten Beamten, sowie Offizieren ihre Bezüge anzuhäufeln, so lange noch weit bedeutendere Ansprüche zu befriedigen blieben.

Abg. Graf Frey (Weichsp.) giebt gleichfalls der Bewunderung seiner Rede darüber Ausdruck, daß die Regierungen (soweit über die Absichten des vorigen Reichstages hinaus) und nicht Hand in Hand mit der preussischen Regierung gegangen seien. Nur das Notwendigste könne hier bewilligt werden.

Abg. Richter (frei.). Was wir in der vorigen Session beabsichtigten, best. sich nicht entfernt mit dem, was hier von uns verlangt wird. Sie werden sich erinnern, daß unser Antrag Baumdad nur etwa 5 Millionen in Anspruch nahm. Davon, daß die Offiziere bedürftig werden sollten, davon haben die Vertreter der verbündeten Regierungen in der vorigen Session nicht ein Wort verlaun lassen, auch nicht in der Kommission. Herr v. Malgahn hat bis auf das Jahr 1886 zurückgewiesen, aber damals war es doch auch nur ein preussischer Finanzminister, der ja allerdings auch von einer Gehaltsaufbesserung für die Offiziere sprach, aber auch das nur in Verbindung mit einer allgemeinen Gehaltsaufbesserung. Es handelt sich hier keineswegs darum, daß wir, wie Herr v. Malgahn anzudeuten schien, nur aus Mitleidigkeit gegen den künftigen Reichstag für die Offiziere absehen. Nein, aber die geringere Beschäftigung liegt bei den Offizieren anders, finanziell erleichterte Vorbildung, frühzeitiges Eintreten in Gehalt. (Rebner führt dies im einzelnen aus). Die Zivilbeamten müssen auch 60—70 Jahre dienen, es sie als ertüchtigt-unfähig pensioniert werden, die Offiziere dagegen viel früher.

Bei den Gehältern der Offiziere müssen Sie doch auch an den Erosis denken, der noch ungefähr so hoch ist, wie der Wohnungsgeldzuschuß, und an so manchen anderen Vorteile, welche die Offiziere neben ihrem Gehalt genießen. Herr v. Malgahn schien zu glauben, in unsere vorjährige Resolution sei das Wort „untere und mittlere Beamte nur zufällig hineingekommen. Nun, es giebt es wohl auch „aufsteigende“ Beamtenstellungen, ja sogar „aufsteigende“ Minister. (Gelächter). Die Verhandlungen, die bei der Resolution vorangingen, zeigen jedenfall, was das Haus mit derselben gewollt hat. Die Verhandlungen damals zeigen aber noch mehr: damals erklärte nämlich Herr v. Bötticher, daß man nicht wieder mit Gehaltsaufbesserungen vorgehen dürfe, bis Deduktionsmittel vorhanden seien, und daß wir nur in demselben Rahmen vorgehen müßten, wie Preußen. Und diese beiden Grundsätze hat man in dieser Vorlage vollständig im Auge gelassen. Die Beschaffung der Mittel für diese Vorlage ist durch neue Steuern erfolgen. Herr tragen in nun keine Verantwortung für die neuen Steuern, die etwa wegen Defizita notwendig werden, wir werden auch voraussichtlich die Verantwortung für die neuen Steuern nicht tragen, welche aus der Militärvorlage erwachsen, denn wir werden voraussichtlich gegen die Militärvorlage stimmen. Wir wollen aber auch die Verantwortung für den vorliegenden Nachtragsetat und die daraus erwachsenden Steuern nur übernehmen innerhalb der Grenzen, die wir für richtig halten. Herr von Benda hatte vollkommen Recht, als er vorhin sagte, es werde sich ein Sturm des Unwillens in Preußen erheben, wenn wir den dort gegogenen Rahmen für die Gehaltsaufbesserungen hier überschreiten. Wir werden deshalb zu unterscheiden haben, in wie weit der preussische Rahmen hier innegehalten ist. Ich meine auch, die Subalternbeamten der Zentral- und Provinzial-Verörden können in dieser Vorlage zurückbleiben. Im übrigen habe ich gegen diese Vorlage dieselben Einwendungen, die ich schon gegen die Vorlage in Preußen ausgesprochen habe, nämlich Bedenken gegen das System des Bauquantums für die Stellenzulagen, ferner gegen die zu geringe Berücksichtigung der Diätäre. Im Rahmen der vorhandenen Mittel und des preussischen Planes bewilligen wir alles, was verlangt wird. Wir lehnen aber ab, was darüber hinausgeht, weil wir es für unverantwortlich halten, irgend ein Engagement zur Bewilligung neuer Steuern einzugehen. Die Mündigkeit auf die Steuerzahler verbleibt uns das.

Abg. Dahn (kon.) glaubt, man werde selbst bei genauer Prüfung der Tarifliste V viele der hierzu Gehörigen nicht von der Gehaltsaufbesserung ausschließen können. Bedenktlich erscheint dagegen auch ihm die Einbeziehung der Tarifliste II, der höheren Beamten. Was die Offiziere anlangt, so münten er und seine Freunde es liege kein Anlaß vor, dieselben anders zu behandeln, als die in gleichen Gehaltsverhältnissen befindlichen Zivilbeamten-Klassen. Inwieweit seine Partei Gehaltsaufbesserungen für Zivilbeamte bewillige, werde sie dies aber auch thun für die im Gehalte gleichstehenden Offiziere. Wenn sie diese ihre Ansicht ändern sollten, müsse man ihnen zuvor gerabzu zwingende Gründe für die Nichtberücksichtigung der Offiziere nachweisen. Einseitigen glaube er an solche zwingende Gründe nicht. Unter anderen nichts gerade das frühe Pensionieren der Offiziere dazu, das Gehalt der Offiziere und damit auch die Pensionshöhe möglichst erträglich zu gestalten. Zur Zeit seien die Pensionen speziell auch für Majore und Hauptleute unzulänglich.

Staatssekretär v. Bötticher bekräftigt, daß — wie Richter behauptet habe, — ein gewisser Widerspruch bestehe zwischen der Vorlage und dem, was er in der vorigen Session erklärt habe. Er habe damals allerdings gesagt, daß nur soweit gegangen werden könne, als Bedarf vorhanden sei. Aber die Sachlage sei nicht zu beurteilen nach der Finanzlage des Reiches allein, sondern im Reiche gemeinsam mit den Einzelstaaten. Und wenn er gesagt habe, es solle mit Gehaltsaufbesserungen im Reiche der Rahmen derer in Preußen innegehalten werden, so habe er damit nur gemeint, was in Preußen geschehe, solle sicher auch im Reiche geschehen. Er habe damit nicht ausschließen wollen, daß der Kreis im Reiche noch weiter gestrichen werde. Es sei auch kein Zweifel, daß, wenn dieser Nachtragsetat angenommen werde, wie er vorliege, dann auch schon im nächsten Etat in Preußen die korrespondierenden Beamten entsprechend würden bedacht werden. Weiter tritt der Staatssekretär zunächst für die Forderung zu Gunsten der Offiziere ein und erwidert dem Abg. Singer, der vermehren eintausendigen Anstellung der Hilfsarbeiter im kaiserlichen Amt beste, der Umfang anfragen, daß der Umfang der Arbeit im kaiserlichen Amt zu hoch wachse, je nachdem der Quanten im Gange seien oder nicht. Was die schlechte Behandlung der Hilfsarbeiter im kaiserlichen Amt anlangt, so habe der Abgeordnete Singer dabei an einen Artikel erinnert, der neulich in der Berliner „Volks-Zeitung“ erschienen sei, und die Verhältnisse dieser Funktionäre als besonders beklagenswert hinführt. Wenn der Artikel der „Volks-Zeitung“ die Wahrheit wiedergibt, so sei allerdings die Behandlung unerböt, welche einzelnen dieser Leute zu teil geworden sei. Er bedauere es, daß die Klagen nicht an ihn herangetragen seien, die Hilfe wäre erfolgt. Jetzt habe er Veranlassung genommen, sich danach zu erkundigen. Liegen berechtigte Beschwerden vor, so werde Abhilfe geschaffen werden, seien sie aber begründet, so müsse er diese Denunziation als eine ganz unwürdige bezeichnen.

Kriegsminister v. Borch erwidert dem Abg. Richter auf die von demselben erwähnten gewissen Vorteile, die der Offizier genieße, die Unterbringung von Kindern in Kadettenhäusern sei nur ein Erfolg dafür, daß der Offizier weit öfter den Wohnort wechsle, als der Beamte, was die Kinder in der Schule zurückbringe. Gehaltsaufbesserungen für Premierlieutenants und Hauptleute zweiter Klasse seien eine dringende Notwendigkeit, um so mehr, als sie sich zum Teil aus unbestimmten Offizierfamilien rekrutieren. Wann sollten denn diese Offiziere von ihrer Familie (in Bezug auf Weisheit zum Gehalt) loskommen! Es handle sich hier um kein Besenium für die Offiziere, sondern um eine zwingende Notwendigkeit. Wer sein Leben dem Vaterlande widme, habe Anspruch auf ausreichende Vergütung.

Abg. Windthorst führt aus, er würde alle bewilligen, was in der Vorlage gefordert werde, auch für die Offiziere, wenn ihm die Deduktion nachgewiesen werde. Er glaube, daß auch für höhere Beamte ein Bedürfnis bestehe, aber — man müsse sich nach der Dede freden. Und diese Dede reiche nicht aus. (Schon jetzt stogten die Steuerzahler bitter genug. Er meine deshalb, man müsse in dem Rahmen verbleiben, den die vom Reichstage beschlossene Resolution gegeben. Wir hätten jetzt in Verbindung mit der neuen Militärvorlage neue, unerreichte, kolossale Ausgaben vor uns. Um so mehr müßten wir alle Ausgaben auf das Notwendigste beschränken. Ebenso wie der Kaiser seine Finanzlage gegenüber habe, müsse man den Offizieren die größtmögliche Sparsamkeit empfehlen. Er würde den Herren gern alles gewähren, er müsse ihnen aber sagen: „wir haben kein Geld, wir müssen es die Rentkriterie schaffen.“ Man solle nur hinausgehen und sich bei den

Steuerzahlern umsehen, da werde man finden, wie groß die Aufregung über die neue Militärvorlage sei. Wenn die Mittel da wären, würde er auch dem zustimmen, was der Abg. Singer gefagt habe, und würde Aufbesserung verlangen für eine Klasse, die sehr klein sei, die pensionierten Militärs. Aber auch hier müsse er sagen: ich habe kein Geld, und die Steuerzahler auch nicht! Er wiederhole, die Vorlage könne nur bewilligt werden in dem Umfang, wie die Resolution es wollte. Einverstanden sei er mit einer Resolution betr. die Diätäre, — wie im Abgeordnetenhaus. Einverstanden würde er auch sein mit einer Festsetzung der Grundsätze für Verteilung der Stellenzulagen.

Abg. Richter (frei.) fragt, wie es komme, daß man hier eine Vorbereitungssektion für fünf Dupen Millionen neuer Steuern. Denn etwas anderes als eine solche Vorbereitungssektion sei die gegenwärtige nicht. Wichtig sei, daß Herr v. Scholz schon 1886 von Erhöhung der Offiziersgehälter gesprochen habe. Aber — und das ist bezeichnend — bei Beratung der Brantweinsteuer. Das System sei damals anders gewesen, damals habe man sich erst Steuern bewilligen lassen vor den Ausgaben, jetzt sei es umgekehrt. Damals nun habe man Herrn v. Scholz gefragt, wogu die kolossalen Einnahmen aus der Brantweinsteuer verwendet werden sollten? Und da habe derselbe allerdings geantwortet: für Verbesserung von Beamten- und auch von Offiziersgehältern! Also schon aus der Brantweinsteuer habe das gegeben sollen, und jetzt — erhöfte man zu genau demselben Zweck Aussicht auf neue Steuern! Rebner beklagt weiterhin besonders die Forderung für die Offiziersgehälter und das Bauquantum für Stellenzulagen. Das Haus müsse darauf bestehen, daß, ehe man dieses Bauquantum bewillige, zuvor die Grundsätze bei der Regierung festgelegt werden, nach denen die Stellenzulagen gewährt werden. Vor allem aber müsse darauf bestehen werden, daß Zug um Zug mit den Neuforderungen auch die Deduktion für dieselben vorgelegt werde. Ehe das nicht geschehe, könne das Haus nur das absolut Nötigste bewilligen, — und für absolut nötig halte er das für die Unterbeamten Verlangte. Sonst gehe das Haus ein Engagement auf neue Steuern ein, die es noch nicht einmal kenne.

Staatssekretär v. Malgahn verweist sich gegen die Anhebung Richter's, die gegenwärtige Session sei als Vorbereitungssektion für 60 Millionen neue Steuern einzuweisen und auch notwendig die Einwürde gegen das Bauquantum für Stellenzulagen zu widerlegen. Er bitte jedenfalls, diese Forderung nicht zu freizugeben, da absondern eine völlige Umarbeitung der Vorlage notwendig werden würde.

Abg. Miquel (nat.-lib.) meint, auch wenn man alles bewillige, was hier gefordert werde, engagiere man sich doch keinesfalls für neue indirekte Steuern im Reiche. Ueber die Art der Aufbringung behalte man vollkommen freie Hand. Das Schicksal der Vorlage erheime ihm besiegelt. Der Reichstag werde nicht weiter gehen, als Preußen, mit dem Vorbehalte aber, daß damit nicht das Bedürfnis für ein weiteres Vorgehen verneint und dessen Befriedigung auch für die Zukunft abgelehnt werden solle. Rebner erklärt sich im übrigen noch für einen großen Freund der Stellenzulagen. Allerdings müßte der Dispositionsplan für Stellenzulagen nach Umständen verwandelt werden, die hier zu verhandeln seien. Auch zu Gunsten besserer Fürsorge für die Diätäre im Sinne der Resolution des Abgeordnetenhauses spricht sich der Rebner aus.

Abg. Kuznetsovsk (Bolo) spricht sich im wesentlichen unpartisch über die Vorlage aus. Die Vorlage geht soeben an die Budgetkommission. Morgen 11 Uhr: Gewerbegericht.

lokales.

Halle, 19. Juni.

Wir haben schon wiederholt betont, daß die Arbeiter nur bei solchen Kaufleuten ihren Bedarf decken und nur in solchen Lokalen verkehren sollen, welche den Arbeitern nicht hinderlich in den Weg treten. Heute veranlaßt uns ein Vorkommnis, hierauf besonders einzugehen. Kommt da heute der Wirt der Restauration zum Landbesuche auf die Expedition unseres Blattes, um ein Inserat aufzugeben. Da am Kopfe unseres Blattes der Insertionspreis angegeben ist, konnte sich der Mann ganz gut ausrechnen, was das betr. Inserat kostet. Als wir ihm erklärten, die zweigespaltene Petitzeile kostet 30 Pf., steckte der Besizer jenes Arbeiterlokals seine Anzeige ruhig wieder ein und bemerkte, da gebe er daselbe in den „General-Anzeiger“, dort bekomme er die Zeile für 20 Pf. Wir sind nun der Meinung, daß die Arbeiter auf keinen Fall in einem Lokale verkehren dürfen, dessen Besitzer den Arbeiterinteressen in der Weise entgegenarbeitet. Weiter geht aber aus dem Gesagten hervor, in welcher Weise der hiesige „General-Anzeiger“ arbeitet. Wir können schon heute sagen, daß die Arbeiter Hales in nächster Zeit gezeugen sein werden, zu dem „General-Anzeiger“, bei welchem auch Sonntags gearbeitet wird, Stellung nehmen zu müssen. Der heutige Fall ist wieder ein Tropfen mehr in das Glas, welcher das Maß gegen den „unparteiischen“ „General-Anzeiger“ überlaufen lassen wird.

Herr Adolf Hoffmann war in Gemeinschaft mit dem Redakteur des „Wähler“, Herrn Heinisch, des großen Unfugs angeklagt, welcher durch die bei der Wahl veranlaßten Popkott's verschiedener Saalinhaber und Brauereibesitzer begangen worden sein soll. Wie wir jetzt erfahren, ist teils des Gerichts die Sache fallen gelassen und das Verfahren eingestellt worden. — Zu einer weiteren Kampfeszene in des Wortes treffendster Bedeutung kam es gestern vormittag auf dem Hopplatz zwischen Polizeibeamten und einer größeren Zahl hinreichend berechtigter „Lattiger“, welche auf gewaltame Weise die polizeiliche Festnehmung einiger ihrer Kumpane zu verhindern suchten. Durch die vor dem Neupferstein nicht zurückschreckenden Anführer der „edlen Junii“ — als höchste bedroht, mußten sich die Polizeibeamten alsbald in ihr Nachhohal zurückziehen, aber selbst dort wurden sie durch die gewaltam Eindringenden angegriffen, so daß die Beamten von ihrer Waffe

Gebrauch machen mußten. Bei dem entstandenen Handgemenge wurde einem der Polizisten das Seitengewehr entzogen, in Stücke gebrochen und mit diesem im Gesicht sehr bedeutend verwundet. Erst durch eine mittelst Fernsprecher herbeigerufene große Polizeimacht konnte diesem wüsten Treiben ein Ende gesetzt und die Beteiligten dingfest gemacht werden. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal zur Genüge, daß es endlich an der Zeit ist, dem Herumtreiben solcher gemeingefährlichen arbeitssüchtigen Menschen — s. B. auf dem Marktplatz, Promenadenanlagen, Schifferbrücke u. — durch energische Maßregeln ein Ziel zu setzen.

Gerichtsverhandlungen.

Landgericht vom 19. Juni.

1. Die Arbeiter Moritz und Haute, beide aus Halle, scheinen, wenn sie einen Polizeibeamten sehen, stets in blinde Wut versetzt zu sein, das heißt nur wenn sie einen „geleckt“ haben. Moritz ist s. B. schon 42 mal wegen Beamteneißeidung, Widerstands gegen die Staatsgewalt u. s. w. bestraft. Heute führte die Genannte ein gleiches Vergehen auf die Anklagebank. Sie waren wegen ruhestörenden Rärms, Widerstands gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Beamteneißeidung angeklagt. Moritz schütt sinnlose Betrunktheit vor, während sein Stiefbruder Haute nur aufgeregt war. Moritz glaubt auch, daß die Erregung eine Krankheit bei ihm sei, die nur bestiger zum Ausbruch komme, wenn er einen getrunken habe. Dem Gerichtshof erlachte gegen M. auf 6 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft, gegen H. auf 4 Monate Gefängnis. — 2. Die Verhandlung gegen Wenossen Hoffmann, welcher als Redakteur des von ihm redigierten „Volksboten“ für Zeit u. angeklagt war, mußte wegen Verweigerung der Akten vertagt werden. H. soll in der Probenummer seines Blattes in einem Artikel über die Lehrer, weil einige sich den Kindern gegenüber in beleidigender Weise über die Sozialdemokraten ausgesprochen, dieselben beleidigt haben. — 3. Der Arbeiter Hammel aus Schönwitz bei Reideburg war der Majestätsbeleidigung angeklagt. Hammel soll aus einer freimüthigen Wählerversammlung aus Reideburg kommend, sich in verächtlicher Weise über die Erlasse des Kaisers dem Ortsbestimmten gegenüber ausgesprochen haben. Bei dieser Erzählung standen sie den Feinden des Gutsbesizers Kauf gegenüber. Dieser hatte als eifriger Patriot nichts eiligeres zu thun, als daß das Gehörte anzugehen. Der Angeklagte behauptet nur das gesagt zu haben, was er von dem Redner in der freimüthigen Versammlung gehört. Mehnert will sich den Wortlaut der Rede nicht mehr genau erinnern können. Der Staatsanwalt beantragte selbst die Freisprechung, welchem Antrag sich der Gerichtshof auch angeschlossen, weil eine Aufklärung der Sache nicht erfolgt ist. — 4. Der Stellmacher Blau war am 17. April vom Schöffengericht in Bitterfeld wegen Körperverletzung mittelst gefährlichen Werkzeugs zu 100 Mk. Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis verurteilt. Staatsanwalt und Beurtheiler hatten hiergegen Berufung eingelegt. Beide wurden aber verworfen. — 5. Der Architekt Frede aus Halle war angeklagt, ein Wohnhaus in feuergefährlicher Weise angelegt zu haben. Die beiden Sachverständigen sprachen sich dahin aus, daß die Verantwortung für diese Anlage nur den ausführenden Zimmermeister treffen könne. Da auch Verjährung eingetreten, wurde auf Antrag des Staatsanwalts das Verfahren eingestellt. — 6. Die unverschämte Leondhard erhielt wegen Diebstahl von Wäscheutensilien und 3 Mk. Geld, da Rückfall vorlag, 4 Monate Gefängnis.

Arbeiterbewegung.

— 1. Die Generalversammlung des Fachvereins

der Bauarbeiter wurde am Mittwoch abend mit folgender Tagesordnung: „Vorstandsbericht. Vortrag des Kollegen Reine aus Hamburg über die gewerkschaftliche Organisation und Verhältnisse, in der „Mörzburger“ abgehalten. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Peters, Büttner und Lehmann. Als deren Stellvertreter die Herren: Kunert, Raumann und Bauer. Zum zweiten Punkt hielt Herr Reine den angelegten Vortrag. Er schilderte den Anwenden die Entlohnung der Zünfte im Mittelalter und zeigte den Unterschied derselben von der heutigen modernen Arbeiterbewegung. Den ungelerten Arbeitern sei es erst durch die Entlohnung der Reichsgewerbeordnung gestaktet gewesen, sich zur Erzielung günstiger Lohnverhältnisse zu vereinigen. In Hamburg hätten die Bauarbeiter seit der Zeit der Organisation gute Fortschritte gemacht, sowohl hinsichtlich der Löhne wie auch der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Zum Schluß ermahnte Redner die Anwesenden, der Agitation und Statistik besondere Aufmerksamkeit zu widmen. An der Diskussion beteiligten sich einige Redner im Sinne des Referenten. Den streifenden Kollegen in Hamburg und Stettin wurden 50 Mk., einem gemäßregelten Mitgliede 25 Mk. aus der Vereinskasse bewilligt. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, energisch gegen die Sonntagsarbeit und die noch vereinzelt dastehenden Kolonnenarbeiter vorzugehen.

Am Mittwoch fand im Saale des Hrn. Schabe, Cröllwitz, eine öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung, die „politische Lage und die Thätigkeit des Reichstages“, wozu Herr Albrecht, Halle, das Referat übernommen hatten. Zum 1. Punkt erläuterte der Redner in eingehender Rede die politische Lage, ferner kam er auf die Thätigkeit des Reichstages zu sprechen und unterzog denselben einer scharfen Kritik. Dann ging er zur Kolonialpolitik über und erklärte, wenn die Millionäre und Aktien-Gesellschaften damit Geschäfte machen wollten, dann sollten sie auch das Geld dazu geben, und nicht immer der Masse der Arbeiter die Kosten dafür aufhalsen. Auf das Sozialisten-Gesetz eingehend, bemerkte Redner, daß dadurch viel Unheil geschaffen und Tausende von Arbeitern um ihr Wahlrecht gebracht worden seien, weil sie schon dachten, daß oppositionelle Abstimmung ihnen Schaden bringe. Hierbei führte Redner an, was es mit dem Kontraktbruch für eine Bewandnis habe und erklärte, daß nach der Regierungsvorlage derjenige Arbeiter, welcher nicht die gesetzliche Kündigungsfrist innehat, mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahre belegt werden kann. Zum Schluß des Referats erläuterte der Referent, was der Generenovelle, worauf die Diskussion eröffnet wurde. Zunächst erhält Herr Mittag das Wort hierzu, ergeht sich über die Kaiser-Erlasse und erklärte, daß es in der Praxis anders ausfalle als in der Theorie. Weiter kommt Redner auf den Fall Bagel von Falkenstein zu sprechen und wünscht, es möchte doch einmal der Versuch gemacht werden, alle diejenigen, die nicht Soldat sein wollen, gehen zu lassen, es würden gewiß nur solche dableiben, die ihren Vorteil dabei haben. — Zum Schluß erhält Herr Albrecht nochmals das Wort und erläutert in kurzen Worten die Presse und ihre Bedeutung und fordert die Anwesenden auf, nur in erster Linie Arbeiterblätter zu lesen und zwar für Halle und den Saalkreis das „Volksblatt“, worauf Herr Mittag die Versammlung mit einem Hoch auf die Internationale Sozialdemokratie schloß.

Vermischtes.

* Ein operativer Eingriff in das Gehirn einer 36-jährigen Frau ist dem Dr. H. Oppenheim in Berlin gelungen. Die Patientin, welche am Mittwoch der Berliner medizinischen Gesellschaft vorgeführt wurde, war bis zum 1. September völlig gesund, erkrankte

jedoch zu dieser Zeit an Zuckungen an der Schläfengegend und im linken Arm, verfiel dabei auch häufig in Krämpfe. Hatte sie das Bewußtsein wiedererlangt, so klagte sie über Kopfschmerz in der rechten Stirngegend. Derartige Zufälle wiederholten sich, bis schließlich eine Abstumpfung der Sensibilität des linken Armes und der ganzen linken Seite eintrat. Die Diagnose lautete auf eine Neubildung im Gehirn. Da diese innere Behandlung nur eine Verschlimmerung herbeiführte und auch der linke Fuß steif wurde, so gab es nur einen Weg zur Rettung: Schädelöffnung und Entfernung der Neubildung. Am 26. April wurde die Operation ausgeführt. Die Chirurgen nahmen eine 5 Mark-Stück große Masse einer bläulichen, sich von der übrigen Gehirnmasse unterscheidenden Substanz heraus. Nach den vorsichtig ausgeführten antiseptischen Vorkehrungen wurde die Schädeldecke geschlossen. Die Patientin fühlt sich seit der Operation bedeutend wohler. Sie kann den linken Arm und den Fuß frei bewegen und machte sogar zum Erstaunen aller Anwesenden Marchübungen im Saale.

Briefkasten.

Probenummern haben alle Gesinnungsgenossen und Freunde unseres Blattes, welche dasselbe in Bekantntentzügen, in ihren Verhältnissen u. s. w. verbessern und neue Abonnenten werben wollen, gegen beliebiger Anzahl zur Verfügung. C. B., Merseburg. 1. Wenn in Ihrer Fabrik eine Benamtmachung ausgehängt ist, nach welcher für die in dem Establishement Beschäftigten eine Kündigung besteht, so haben Sie dadurch, daß Sie gegen diese Maßregel nicht protestiert haben, sich mit derselben einverstanden erklärt. Sie können also sofort seitens Ihres Arbeitgebers entlassen werden und haben demzufolge kein Recht wegen kündigungsfreier Entlassung Entschädigung für den Lohnausfall zu verlangen. — 2. In keiner Weise! Wenn der Vater aus der Kirche ausgeschieden ist, kann er auch das Kind in der Schule vom Religionsunterricht dispensieren lassen. Aber Nachtheil oder Verdiensth können einem ungetauften Kinde nirgends erwachsen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 19. Juni.

Ausgeboren: Der Schriftsetzer Friedrich Heinrich Christoph Jäger gen. Friede und Henriette Erbmutter Emilie Marie Wenz (Weberstraße 14 und Al. Brauhausstraße 20). Der Schneidermeister Karl Friedrich Hübner und Franziska Elisabeth Wilhelmine Marie Groffe (Weißbergstraße 78 und Friedeburg). Der Maschinenhelfer Karl Louis Hermann Heise und Auguste Luise Wingerling (Oberniederstraße und Heffestraße). Der Handarbeiter Johann Heinrich Christian Höller und Victoria Seidler (Ernst und Jüdergasse). Der Former Christoph Friedrich Albrecht Herbart und Karoline Minna Menndie (Halle und Friedrichstraße). Der Kaufmann Ernst Friedrich Wilhelm Kubert und Antonie Auguste Hedwig Müller (Halle und Magdeburger-Neustadt).

Heirathen: Der Handelsmann Johann Georg Wiget und Marie Sophie Emilie Schubert (Al. Wilhelmstraße 34 und Postplatz 1). Der Grundbesitzer Karl Wilhelm Diehl und Luise Auguste Hennig (Post 1. W. und Wuchererstraße 19a).

Bestattet: Dem Handarbeiter Joseph Rentele ein S., Ernst Feilz (Unterplan 5). Dem Schmied Friedrich Hierich ein S., Johann Friedrich (Lindenstraße 6). Dem Badermeister Friedrich Häbrich ein S., Paul Otto Ernst (Rangstraße 18). Dem Dreifacher Mar Wagner eine S., Marita Auguste Friederike (Dachriggasse 12). Dem Restaurateur Albert Winter ein S., Hermann Feilz (Wormlitzerstraße 40). Dem Fabrikarbeiter Hermann Berner ein S., Hermann (Spellingberg 1). Dem Maschinenheifer Julius Schmidt eine T., Margarethe Olga (Wormlitzerstraße 3b). Dem Maurer Gustav Pilling eine T., Hedwig Frieda (Spiegelgasse 8). Dem Handarbeiter Ludwig Casche eine T., Anna Gertrud (Schuppenstraße 12a). Dem Zimmermann August Rüttich ein S., Eduard Franz Otto (Wormlitzerstraße 24). Dem Schiffer Karl Drehe ein S., Paul Adelbert (Weingärten 12). Dem Schneider Hermann Beyer eine T., Clara Therese Franziska (Al. Ulrichstraße 7). Dem Feldwebel Hermann Heine eine T., Leonoline Luise Marianne (Kellstraße 124). Dem Waler Karl Berner ein S., Karl Wilhelm (Fleischergasse 17). 4 unebel T.

Bestorben: Des Bäder und Konditor Albert Diez T. Friederike Minna Ida, 14 J. (An der Gaudauischen Kirche 13). Des Fabrikarbeiter Gustav Müller S. Kurt, 3 T. (Kleinl.). Des Handarbeiter Franz Richter S. Friedrich Paul, 2 M. (Wiltgasse 4). Des Edler Gottlieb Hippert S. Karl Bruno, 5 M. (Friedrichstraße 47). Der Multitorator Johann Georg Feilz Knode, 27 J. (Wiltgasse 26a). Des Tischler Hermann Springefeld T. Margarethe, 3 T. (Wilhelmstraße 12).

Oeffentliche Versammlung

des Bau-, Fabrik- und anderer Arbeiter

Sonnabend den 21. Juni abends 8 Uhr im „Neuen Theater“, große Ulrichstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag, Ref. F. Krüger-Berlin. 2. Verschidenes. [688] Um zahlreiches Erscheinen erlucht Der Vorstand.

Verein zur Wahrung der Interessen sämmtl. Arbeiter v. Radewell u. Umg. Sonntag den 22. Juni nachm. 4 Uhr im Gasthof zur „Deutschen Eiche“ **General-Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Wahl der Revisoren. 2. Aushändigung der Statuten. 3. Verschidenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. [680] Der Vorstand.

Montag den 23. Juni abends 8 Uhr im „Neuen Theater“

öffentlicher Vortrag

des Herrn Dr. Vökel: „Die Grachen, ein ziales Bild aus dem alten Rom.“ [186] Entree nach Belieben. Frauen sind hierzu eingeladen.

Humoristischer Klub „Germania“. Sonntag den 22. Juni von 7 Uhr ab auf der „Wildehühner“ zu Siebzigstein **Vergnügen.** [681] Gaste vollkommen Der Vorstand.

Nöhring's Restaurant Friedrichstraße 54 Morgens Sonnabend: Gähndenaustreten auf dem Bild. [187] Tischgäste werden dabeit angenommen.

O. Heimsath's Restaurant [675] Friedrichstr. 1. — Neu renoviert. —

Zum „Bier-Zöller“ Lindenstraße 16a, neben dem „Gajäger“. Restaurant, Frühstücks- und Speisewirtschaft. [437] H. Bauer'sches Lagerbier & Glas 10 Pf. empficht. **Kw. Schellenbeck.**

Herren-Hüte

525] mit Kontrollmarken sowie selbstgearbeitete Hüte aus empfeht zu billigen Preisen und bittet um gütige Beachtung

Karl Bittner, Fleischerstraße 41, p.

Makulatur

ist zu haben in der **Volksblatt-Expedition.**

Ein Ausrichtig ist für 12 Mk. zu verf. [682] Steinweg 13, Restaurant.

Laufbursche,

14—15 Jahre alt, gesucht **Expedition des „Volksblatts“,** Weiststraße 24.

Ein junger **Wopshund** wird zu kaufen gesucht. [684] C. Arndt, Restaurant Thurmstr. 1a

Ankündige Schlafstelle Steg 6, 2 Z.

Allen Freunden und Bekannten zeigt die Geburt eines kräftigen Mädchens hiermit an **Hermann Vater, Schneider.** Halle a. S., den 19. Juni 1890.